

Walle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Walle-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 3.00 Reichsmark. Einzelhefte sind zu 10 Pfennigen zu haben. Die Postgebühren sind zu zahlen. Die Postämter sind zu befragen. Die Postgebühren sind zu zahlen. Die Postämter sind zu befragen.

Die Anzeigen, die im gleichen Blatt in der „Walle-Zeitung“ erscheinen, haben den gleichen Preis. Die Anzeigen, die im gleichen Blatt in der „Walle-Zeitung“ erscheinen, haben den gleichen Preis.

Neues in Kürze.

Baut „Roter Fagel“ hat die kommunistische Fraktion des Preuss. Landtages einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die sofortige Zurückziehung des gestern ausfindig von uns niedergelegenen Entlasses des Ministers des Innern Geeringer über öffentliche Kumbungen verlangt. Dieser Antrag zeigt, daß die Kommunisten ein Einverständnis Geeringers gegen ihre bitteren Pläne fürchten. Sollen wir, daß sie recht haben.

Zum ersten Male soll in Berlin an der Deutschen Hochschule für Leibeshübungen ein Vortrag für höhere Schülerkassen eingerichtet werden, und zwar vom 4. bis 9. Oktober. Redungen sind zu richten an das Sekretariat der Deutschen Hochschule für Leibeshübungen, Charlottenburg 9, Deutsches Stadion.

Ein von der Berliner Stadterordnetenversammlung eingeleiteter Untersuchsfall hat dem Magistrat empfohlen, zur Unterbrechung der Angehörigen der freien Berufe 10 000 Mark auszuwerfen, die dem Landesratsamt zur Verfügung gestellt werden sollen. 527 Angehörige der freien Berufe sollen durch die Staatsanwaltschaft des Magistrats aus ihrer traurigen Lage befreit werden. Auch die private Hilfsstätigkeit schließt sich der öffentlichen Aktion an.

Unabhängig des Beschlusses des Reichspräsidenten v. Hindenburg im Rathaus von Bad Tölz wurde ihm die Vereidigung des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Bad Tölz verweigert. Mit Jubel und Begeisterung wurde der neue Ehrenbürger begrüßt.

Am Mittwoch hat die beiden letzten feierzeit während der Festung Oberhessens von interessierten Militärgelehrten verurteilten politischen Gefangenen in ihre Heimat zurückgeführt. Sie wurden in Geiseln von einer großen Menschenmenge und den Behörden herzlich begrüßt.

In Wien wurde gestern in Anwesenheit des österreichischen Ministers Schaffaritz und des Wiener Bürgermeisters Seitz der „Internationale Kongress der Vereinigten reisender Kaufleute“ eröffnet, auf dem besonders die Aufhebung aller Verkehrsbeschränkungen und Freiheit des Warenverkehrs zwischen den Völkern gefordert wurde.

In Dombrowa (Polen) fand ein von 600 Delegierten besetzter Kongress der Grubenarbeiter sämtlicher polnischen Kohlenreviere, einschließlich des oberhessischen, statt, auf der der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, ab Montag, den 6. September, in allen Revieren in den Ausbaur zu treten, sofern die Arbeitgeberverbände die Lohnforderungen der Kohlenarbeiter bis Sonnabend, den 4. September, nicht befriedigen sollten.

Der Pariser „Matin“ meldet: Die französischen Truppen aus Syrien werden vorläufig nicht reduziert. Der Minister hat auf Antrag des Kriegeministers Painlevé beschlossen, auch für Monat September die Truppenstärke im besetzten Gebiet unverändert zu lassen.

Wie aus Rotterdam verläuft, werden die Danziger und die Saarfrage erst nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vom Völkerbundstate behandelt werden, damit Deutschland Gelegenheit hat, an den Besprechungen teilzunehmen.

In der südrussischen Stadt Louisa haben die Bäder entgegen der Verfügung des Bürgermeisters das Brot nicht zu 270 Frcs, sondern weiter zu 280 Frcs, verkauft und angefaßt, der gegen die getroffenen Maßnahmen beschloßen, ihre Betriebe zu schließen.

In der nächsten Woche beginnt in Athen der Streit gegen Vangelos und Genossen. Vangelos wird demnach von Areta nach Athen gebracht werden. Die Anhänger des Generals Plastiras und der größte Teil der Athener Presse fordern die Erhebung des Generals Vangelos und seiner Genossen, während der spätere Nachbater, General Komilios und der Staatspräsident Komouriotis dagegen sind. Gerüchteleise verlaßt, daß die Stellung der neuen Regierung bereits wieder erschütterter ist.

Chinesische Meldungen aus Schanghai besagen, daß Marischall Wupeifu gestern vormittag an den Folgen seiner Schwereverletzung gestorben sei.

Dem „North China Daily News“ zufolge wird amtlich aus Peking berichtet, Wupeifu sei von Untergeordneten abgeleitet worden und werde an Bord eines Kriegsschiffes an dem Vangschiff gefangen gehalten.

Vollversammlung des Völkerbundes. Spanien und Brasilien bleiben fern.

Der Völkerbundrat hat gestern vormittag seine 41. Tagung mit einer nichtöffentlichen Sitzung eröffnet. Den Vorsitz der Tagung führt der schweizerische Außenminister Borelli. Auf der Ratssitzung sind vertreten: England durch Chamberlain, Frankreich durch Briand, Italien durch Scialoja, Japan durch Ichi, Belgien durch Vanderveken, Schweden durch Lindbom und Uruguay durch Guani.

Die beiden weiteren nichtständigen Staaten Brasilien und Spanien sind nicht vertreten. Das ganze Interesse gilt der spanischen Frage.

Die Sosaagentur demontiert die Meldung, daß Nello Franco, der Vertreter Brasiliens, schon wieder aus Genf abgereist sei. Damit erhalten, so schreibt das „Journal“, die Gerüchte neue Nahrung, die von einem Sonderauftrag Nello Francos in Genf zu berichten wissen, der sich erst in den weiteren Beratungen des Völkerbundes auswirken würde.

Die öffentliche Sitzung, in der zunächst die Berichte der Völkerbundsdelegationen für Hygienefragen und zur Befämpfung des Handels mit Opium genehmigt werden, begannen allgemeiner Interessenssachen.

Der Vertreter der Agentur Hannas in Genf erklärt, in der Lage zu sein, mitzuteilen, daß die Wabrider Regierung, ohne den Befehl des Völkerbundesrates über die vom Ratsausfluß ausgearbeiteten Vorschläge betreffend die Güter abzuwarten, beschloßen habe, bereits jetzt bekanntzugeben, daß sie sich an den Arbeiten des Völkerbundes desinteressiere. Binnen 24 Stunden werde der Generalsekretär des Völkerbundes eine amtliche Note der Wabrider Regierung erhalten, die diesen Befehl bekanntgibt. Man rechnet mit Eingang der spanischen Klage für Freitag nachmittag.

Eine Vermittlungsaktion des Papstes.

Pariser und Londoner Blätter melden aus Rom, daß der Papst gestern eine Unterbrechung mit dem gegenwärtig in Rom weilenden Anjusius in Madrid hatte, deren Gegenstand die Haltung Spaniens zum Völkerbund war. Der Anjusius wird sofort nach Madrid zurückkehren und dort

Der Streit um Tanger.

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Genf: Die Gefahren für Genf sind durch den Beschluß der Studienkommission gemindert, aber noch nicht vorüber. Deutschland bemüht sich, für eine Verzichtserklärung der spanischen Wünsche hinsichtlich Tangers. Chamberlain's Antwort in Genf bedeutet die Aufnahme von offiziellen Besprechungen der Rabinetsleiter in der spanischen Tanagerfrage. — Deutschland bemüht sich, daß Spanien Tanager erhält? Das sollte es lieber bleiben lassen (denn es macht böses Blut bei den Großen) und lieber das Saargebiet oder den Anfluß des Ockersees oder den Alpen-Nachweh fordern.

Wie die Londoner „Times“ aus Washington meldet, hat das Staatsdepartement auf Anfrage erklärt, daß es in dem Tanageranspruch Spaniens desinteressiert bleiben wolle. — Damit zeigt Amerika, daß es vorzöhrig ist, trotz seiner Macht, als das entzweifelte Deutschland.

Wie die Washingtoner „World“ schreibt, nehmen nordamerikanische Schiffslinien Transporte nach den Mittelmeerhäfen nur zu höchsten Notständen an.

Massenversammlungen in Spanien.

Die Londoner „Times“ melden aus Madrid: In Massenversammlungen fordert Arme und Volk die Einreiseleistung Tangers in Spanien. Seit Sonntag haben mehr als hundert Massenversammlungen in ganz Spanien stattgefunden. Es herrscht überall größte Erregung, auch in der Arme, die eben erst den Puls der Militärischen veränderter überstanden hat.

Die Londoner Reutersagentur meldet: Der Sultan von Marokko protestierte bei den Mächten gegen jede Herabsetzung des Status von Tanager. (Der Herr Sultan sieht bestimmt im Golde Frankreichs.)

Wie das „Journal“ aus Genf meldet, ist der seit April vorliegende Protest der Völker aus auf die diesmalige Tagung des Völkerbundes nicht eingeleitet worden, und zwar aus formalen Gründen. — Unterdrückte Völker! Mit ihnen hat der Völkerbund keine Eite.

eine Kubensjomoß beim König als auch bei Primo de Rivera nachzusehen, denen er erklären werde, daß nach Ansicht des Papstes jomoß im Interesse der katholischen Kirche als auch im Interesse des Friedens Spanien Mitglied des Völkerbundes bleiben müßte. Die Demarche des päpstlichen Anjusius soll die Form eines persönlichen Appells des Papstes an den König von Spanien haben.

Die deutsche Delegation für Genf.

Die Reichsregierung hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der deutschen Vertretung auf der Völkerbundstagung in Genf beschäftigt. Der deutschen Vertretung werden hiernach als Delegierte angehören:

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, Staatssekretär Dr. von Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gaus. Die Delegation wird ferner die Reichstagsabgeordneten Graf Bernstorff (Dem.), Dr. Weisfeld (Soz.), Dr. Kaas (Zentrum) und Reichsrenten von Rheinens (Volkspartei), die Staatssekretäre Dr. Fänder und Weismann, die Ministerialdirektoren Dr. Riep und Dr. Schäfer sowie Sachverständige aus verschiedenen Ministerien umfassen.

Gämtliche Reichsminister werden sich gestern wieder in Berlin. Die Kabinetsberatungen werden wohl die restlichen Tage dieser Woche andauern. Im Auswärtigen Amt verdriftete man gestern früh, mit den inzwischen bekanntgegebenen Resultaten der Studienkommission seien die deutschen Vorberathungen für Genf als erfüllt anzusehen. Die noch bestehenden Schwierigkeiten könnten nicht mehr die Aufnahme Deutschlands betreffen. — Als offenbar „bloß“ Locarno und seine Rückwirkungen.

In Genf findet zurzeit außer der Völkerbundstagung ein Kongress der Internationalen Hochschullehrer für den Völkerbund, eine Tagung der Interparlamentarischen Union und die erste Tagung des Bundes für europäische Verständigung statt; der letzteren hat der Reichsminister Dr. Riep (Dem.) ein Glückwunschkommuniqué geschickt.

Hindenburg an Vierkötter.

Der Herr Reichspräsident hat an Ernst Vierkötter das nachfolgende Telegramm geschickt: „Zur erfolgreichen Durchsührung des Aermalanals in der besten Zeit lege ich Ihnen herzlich Glückwünsche von Hindenburg, Reichspräsident.“

Gleichwuchs der Stadt Köln.

Die Stadt Köln hat an Vierkötter folgendes Schreiben gerichtet: „Ihr großer Erfolg bei der Begabung des Kanals, der nicht nur in Deutschland, sondern bei der gesamten Turn- und Sportwelt die größte Beachtung und Bewunderung findet und bei Ihren Kölner Mitbürgern hohe Freude ausgelöst hat, gibt mir Anlaß, Ihnen namens der Stadt Köln und der Bürgererschaft und zugleich im Namen des zurzeit abwesenden Oberbürgermeisters die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Um Ihren Leistungen auch nach außen hin die verdiente Anerkennung leitens der Stadt zu sollen, möchte ich Abordnungen der Bürgerschaft — namentlich der Turner und der Sportler — zu einer

Siegesfeier im Bürgerhof.

Am Samstag, dem 4. September, versammeln sich bitte Sie, sich mit Ihren Angehörigen im Bürgerhof abends 8 Uhr einfinden zu wollen. Mit vorzüglicher Hochachtung gen. Dr. Wasserer.

Beim Empfang der Vertreter von acht belgischen Handelskammern sprach gestern, dem Pariser „Echo“ zufolge, Voincaré, die Politik der Völker bei, je u. a. wie im Kriege, die Beteiligung der Unabhängigkeit. Frankreich sei wie Belgien Anhänger des Wertes von Genf und Locarno, aber auch die Sicherheiten gegen einen neuen Krieg müßten die gleichen bleiben wie bisher. — „Genau wie im Kriege.“ Was nützt uns da, „das Wert von Genf und Locarno“?

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Washington: 11 aus Mexiko ausgewählte amerikanische Staatsanwältige haben die Intervention des Präsidenten der Vereinigten Staaten angefordert. Es erscheint eine Stellungnahme Coolidges zu den mexikanischen Werten nicht länger hmonachschobor.

Enthüllungen aus der Eifel. Separatisten und Katholiken.

Die nachstehenden Ausführungen verdienen besondere Beachtung, da sie gleichzeitig auch in der „Täglichen Rundschau“, dem Organ des Reichsaussenministeriums Dr. Stresemann erschienen.

Den Diplom-Landwirten Dr. Geste-Wiegand und Finus-Radobill ist es gelungen, in monatelangen, umschicht äußerst schwierigen Nachforschungen in Eifelheim in der Eifel (letzteres Gebiet) ein gerades erdbrüchendes Materialutage zu fördern, welches höchstwertig die Schaubühne des heutigen Separatismus verleiht und jeden Zweifel an Fortbestehen dieser Bewegung ausschließt.

Die Zentrale der rheinischen Separatisten bildet die „Land- und forstwirtschaftliche Beratungsstelle der Eifel“ in Blantheim unter Leitung des dortigen Landrats Dr. Ludwig Schmitz, in welche Finus und Dr. Geste angestellt waren.

In diesem Bureau fand sich ein umfangreicher, aus den Jahren 1923 und 1924 stammender Briefwechsel des Dr. Schmitz mit der belgischen Regierungsbehörde in Lenzau, sowie mit der belgischen Militärbehörde in Aachen anberreichte. Hierin geben die Betatungsbehörden genaue Aufstellungen

wie die Einwohnern gegen Preußen aufgewiegelt seien, und listeten im Ubrigen alle Unterhaltungen bei etwa eintretenden Schwierigkeiten von Seiten der deutschen Regierung zu.

Vor allem wurde geraten, alle unliebsamen Vorkommnisse der Betatungsbehörde auf sofortigen Ausweisung zu melden, was auch tatsächlich in vielen Fällen geschehen. Aber die materielle Unterstützung durch die Betatungsbehörde immer von der belgischen Regierung bestritten worden, so konnte sie jetzt klar bewiesen werden an Hand der belgischen Schreiben eines belgischen Zeitungsredakteurs aus Eifelheim, der behauptet, daß die Mittelbesorgung zwischen Dr. Schmitz und der belgischen Betatungsbehörde ist und in mehreren Fällen die Summe von je 10 000 Franken übergeben wurde. In mündlichen Besprechungen in Guxhagen sind den Belgieren von Schmitz jeweils politische Mitteilungen gemacht worden, die für die Betatungsbehörde von höchster Wichtigkeit waren.

Ein zweites Dokument.

enthielt einen völlig ausgearbeiteten Forderungsplan des Kreises Schleiden — dem Blantheim angehört — der die Abkehrung des Landrats Graf Specht und die Ernennung Schmitz zum Landrat zum Ziele hatte, während gleichzeitig der Separatistenführer Gutschaber Peter Limbourg in Eifelburg, an wegen Benennungsbildung vorbestrafter Schmitz, nachfolgender Mann, Landrat des Kreises Achenau werden sollte.

Zur Vertiefung an die Bevölkerung lag auf dem Boden des Dr. Schmitz'schen Janjes eine große Menge der Separatistenliteratur „Die Rheinische Republik“ bereit. Weiter wurde Gutschaber für die Vertiefung einer ganzen Reihe von zeitigen Führern der Bewegung. Es sind dies außer dem genannten Peter Limbourg vor allem die Herren Dr. Limbourg, Peter, Gutschaber, Gutschaber Peter, Klaus-Burg, Wiffingen, B. Geroldstein. Als Hauptorganisator wurde ein gewisser Knie aus Köln ermittelt; als Regierungspräsident für die Rheinprovinz war in Aussicht genommen Kurt Herrich-Gemünd, der Kaufmann Moesch-Gall landwirtlich aus der dortigen Bürgermeisterei, während der Jude aus Münster, Eifel „Diktator“ des Kreises Schleiden und der Eifel werden soll.

Erhalten die diese Feststellungen bereits den unumwundenen Beweis für die zielbewusste Fortentwicklung der Separatistenbewegung bis an Ende des Jahres 1924, so führte doch zu wichtigsten Aufklärung und Enthüllung des gesamten landesverträterischen Treibens die Aufbindung eines Briefes vom 9. September 1926, welcher unter

genauer Darstellung der separatistischen Pläne

weite Kreise prominenter Persönlichkeiten des Rheinlandes aufs äperliche befaßte. Dieses an Dr. Gaus gerichtete Schreiben enthält den Forderungsbefehl des belgischen Separatisten Betatungsbehörde in Koblenz längere Zeit inoffiziell ausgebildeten Separatistenführers A. Wieternich, die Eifel, eines Betters von Schmitz. In dem Briefe stehen es u. a. wichtig:

„Gestern unterm Vorhabe, getreu unkerer Stellungnahme von 1919 und 1920, sowie bei Anerkennung des Kreises Schleiden, haben wir auch in letzter Zeit immer gearbeitet, und ich hoffe, mit Erfolg. Ich hatte Gelegenheit zu einer

Rückfrage im Generalsekretariat Köln,

an der auch Herr Hanzen teilnahm. Dort treibt man römische Politik auf mein Sicht, beruhen der schließlichen Volkspartei in Rheinlande gleich: Aufhebung Preussens, das Hauptziel der römischen Politik, dem das Ziel: Rheinland, Preußen, Ockersee, das Polen unabhängige katholische Staaten, damit eine König um das protestantische Preußen, am diese damit zu erledigen.“

Der darin genannte Name der leitenden leitend. Obersteuert. Bürgermeister der Stadt Werra 1. 2.

